

Politik



Modell Schweden?
Extrablatt zum letzten Gipfel der Europäischen Union, Gegenveranstaltungen und einigen Schüssen in Göteborg.

Beilage

Region



Mobile Nazis!
Rassistischer Übergriff in München zeugt vom bundesweiten Netz der extremen Rechten. bis ins Ruhrgebiet

Seite 4

Hochschule



Die RUB: Reformuni mit Vorreiterrolle?
Einführung des neuen Studiengangs B.Sc./M.Sc. Geografie in Bochum scheitert an Zeit-Missmanagement.

Seite 3



Legalisierung oder nicht?

**Bochumer Asyl-Konferenz
ist sich uneinig**

Am letzten Samstag fand im **Bahnhof Langendreer eine bundesweite Konferenz zum Thema „Papiere jetzt!“ statt. Ziel der Tagung war es, die Öffentlichkeit für die Situation der Illegalisierten – Menschen ohne gültige Aufenthaltsberechtigungen – zu sensibilisieren. Schätzungen schwanken zwischen 500.000 und einer Million Menschen, die völlig rechtlos in unserer Gesellschaft leben.**

Während die Bundesregierung die Notwendigkeit von Einwanderung für die Bilanzen der Märkte und der Bevölkerungsstatistik propagiert, bleiben jene, die in diesem Rahmen keiner Verwertbarkeit unterliegen, außerhalb der öffentlichen Debatte. Wann immer das Thema die Bühne staatlicher Politik erreicht, sind die Debatten auf die Abwehr „illegaler“ Einwanderung und die Abschiebung der zuvor Illegalisierten ausgerichtet. Seit Jahren arbeiten

Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen an der Unterstützung von Illegalisierten. Mit dem Wanderkirchenasyl oder Kampagnen wie *Kein Mensch ist illegal* und der *Karawane für die Rechte von Flüchtlingen* konnte eine gewisse Öffentlichkeit erzielt und die ein oder andere Abschiebung verhindert werden.

Obleich es in einigen umliegenden europäischen Ländern gelang, MigrantInnen ohne Papiere in unterschiedlichem Ausmaß Wege zum legalen Aufenthalt eröffneten, ist in der Bundesrepublik Deutschland - auch von Seiten der UnterstützerInnen von Illegalisierten - bislang kein ernsthafter öffentlicher politischer Vorstoß zur massenhaften Legalisierung von Flüchtlingen ohne Papiere unternommen worden.

Die Vorabveröffentlichung des Berichtes der Süßmuth-Kommission zur Zuwanderung bestätigt die Vermutung, dass auch in Zukunft Maßnahmen zur Legalisierung bereits hier lebender MigrantInnen keine Rolle spielen sollen. Die Tagung am Samstag war deshalb so konzipiert, dass damit eine Debatte um ein Bleibe-recht für MigrantInnen ohne Papiere angestoßen wird.

Dieser Ansatz war nicht unumstritten, weil z.B. VertreterInnen der Kampagne

Kein Mensch ist illegal Bedenken angemeldet hatten, dass eine Legalisierungsdebatte durchaus Ergebnisse zu Stande bringen könnte, die genau besagt, dass MigrantInnen, die den herrschenden Verwertbarkeitsinteressen entsprechen, integriert werden, alle anderen aber noch härter ausgegrenzt werden.

Belgien, Frankreich, Italien

Die Vorträge der internationalen Gäste aus Belgien, Frankreich, Italien und Spanien machten am Samstag deutlich, dass diese Bedenken durchaus berechtigt sind. Eine staatliche Legalisierungsoffensive bedeutet gleichzeitig auch immer den erfolgreichen Versuch, eine Grauzone aufzuhehlen, Menschen zu erfassen, ohne ihnen die Gewissheit zu geben, dass dies gegen sie verwandt wird.

Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass es keine Alternative zu einer sehr offensiven Debatte über die Legalisierung gibt. Die Legalisierungskampagnen in den anderen europäischen Ländern haben schlicht und ergreifend für viele hunderttausend Menschen eine deutliche Verbesserung ihres Status bewirkt. Solche Erfolge sind aber immer davon abhängig, was sich in diesen Ländern als soziale Bewegung artikuliert. In Spanien haben z.B. einige tausend Illegalisierte eine Kirche besetzt und haben schließlich ihren Anspruch auf Papiere durchgesetzt.

Vor allem war den Anwesenden der Tagung bewusst, dass es kaum noch eine nationale Flüchtlingspo-

litik gibt. Die Auseinandersetzung um den Umgang mit Menschen, die illegalisiert werden, läuft in den Nachbarländern. Es wäre fahrlässig, in unserer Gesellschaft keinen Druck zu erzeugen, dass die Situation der Menschen ohne Papiere, nicht stärker in das öffentliche Bewusstsein gedrängt wird.

und Deutschland?

Die Konferenz verabschiedete schließlich einen detaillierten Forderungskatalog (<http://www.bo-alternativ.de/papiere-jetzt/ergebnis/>), der beschreibt, wie mit Illegalisierten vernünftig umgegangen werden könnte.

Bemerkenswert bei der Konferenz war schließlich noch, wie schwer sich die Grünen mit dem Thema tun. Volker Maria Hügel von Pro-Asyl sagte am Anfang der Tagung: „Am liebsten würden sie die Augen schließen und hoffen, dass das Problem an ihnen vorbeigehet.“ Nur die grüne Bürgermeisterin, Gabriele Riedl, ließ es sich nicht nehmen, die Tagung offiziell im Namen der Stadt zu begrüßen. Für alle anderen Grünen FunktionsträgerInnen war dies kein Thema mehr. Aber dies ist schließlich gesellschaftlich normal.

Paul Merker



Ab jetzt jede Woche!

**Neue Zeitung für
Bochum**

34 Jahre alte Zeitung, aus Bochum, wöchentliche Erscheinungsweise, frisch frisiert

Biete

Neuigkeiten und Hintergrundinformationen, Theorie und Praxis, Analyse und Kritik, lange und kurze Artikel zu den folgenden und einigen anderen Themen: gefährliche Atomkraftwerke, erfolgreiche Antifa, Antira, illegalisierende Asylpolitik, Bachelor und Master, verbrecherische Bildungspolitik, langweiliges Bochum, einige tolle Bücher, Feminismus, Frieden, revisionistische Burschenschaften, Arbeitskämpfe, Unigremien, ausgrenzende Innenstadtpolitik, Internationalismus jenseits von Nationen, Kunst und Können, beschissene Nazis, Neue Mitte, neue und alte Medien, Migration, Ökologie, betörende Rauschmittel, emanzipatorische Tonträger, enthemmte Sexualität, Sozial-

politik, private und staatliche Überwachung, Veranstaltungen, Vergangenheitspolitik, Verkehr und Widerstand im Hinterland.

Suche

Aufmerksame LeserInnen, viel Zuspruch, grandiose MitsreiterInnen, unverlangt eingesandte, wochenlang perfekt recherchierte Artikel von grandioser Qualität, lächerliche LeserInnenbriefe, bessere Rechner, Rezensionsexemplare von teuren, teuren Medien, eine Kaffeemaschine und gerne auch die eine oder andere Tafel Schokolade.

Interesse?

Wenn dies dein Interesse geweckt hat, meldet dich doch unter *bsz*, StudentInnenhaus, Universitätsstraße 150, 44801 Bochum bzw. *bsz@ruhr-uni-bochum.de*. Telefonisch kannst du mich unter 0234/322-26900 erreichen, vorzugsweise montags nachmittags.

**BAHNHOF
LANGENDREER**

Das soziokulturelle Zentrum mit dem lebendigen Politikbereich:
Wir organisieren regelmäßig Debatten zu aktuellen wie grundlegenden politischen Fragen, meist mit der Hilfe hochqualifizierter ReferentInnen. Ziel ist die politische Aktion: Wir mischen uns ein – lokal, regional, international.

Im Bahnhof trifft sich regelmäßig Bochums links-alternative Szene:
Antifa, AtomkraftgegnerInnen, AntirassistInnen, BauwagenbewohnerInnen, Feministinnen, FriedensaktivistInnen, kritische GewerkschafterInnen, alte und neue HausbesetzerInnen, InternationalistInnen, kommunalpolitisch Aktive, KriegsdienstverweigerInnen, politische ÖkologInnen, rote-ruhr-uni-BetreiberInnen ...
Von engagierten StudentInnen bis zu den rebellischen Alten beratschlagen und verabreden wir uns –
denn: **There must be SOMETHING ELSE!**

Bahnhof Langendreer, Büros für politische Einmischung:
Reinhard Wegener (Tel. 0234/26622); Dagmar Wolf (Tel. 0234/26612)

Tag der offenen Bühne

Am Mittwoch, dem 11. Juli findet im Rahmen des studentischen Sommerfestes „Sommernachtstheater“ ein Tag der offenen Bühne statt. Dieser kann von jedem auftrittswilligen Menschen genutzt werden für Musik, Poetry, Theater, Comedy oder auch Video. Falls also unentdeckte Talente auf ihre Entdeckung warten, so kommt entweder zum Open-Stage-Tag ins KulturCafé an der Ruhr-Universität oder meldet euch doch vorher im ASTA-Kulturreferat unter tel. 0234-32-27865.



Prozess gegen Bochumer NazischlägerInnen eröffnet

Am 25. Juni wurde vor dem Amtsgericht Bochum der Prozess gegen die an dem rassistisch motivierten Überfall auf zwei schwarze Frauen in Bochum am 9. Mai diesen Jahres (s. bsz 521) beteiligten Nazis eröffnet. Angeklagt waren vier Frauen und zwei Männer, die bis auf den Hauptangeklagten alle unter das Hauptangeklagte Jugendstrafrecht fallen. Vor Gericht klagten sich unpolitisch, was ihnen die Richterinnen aber nicht abkaufte. Kein Wunder, angesichts des Umstandes, dass der Hauptangeklagte ein nur mühsam kaschiertes Hakenkreuz offen als Tattoo im Nacken trägt und sich freimütig dazu bekannte, natürlich davon auszugehen, ein „Nicht-ariarier“ habe den Bürgersteig zu verlassen, wenn er einem „ordentlichen Deutschen“ begegnet. Ähnlich dreist auch die anderen Angeklagten auf, die darauf bestanden, dass menschenverachtend-rassistische Sprüche und Ansichten nicht als politisch zu verstehen seien. Ein „Entschuldigungsbrief“ den einer der Täterinnen an die Opfer gerichtet hatte, wurde von dem Hauptangeklagten mit schallendem Gelächter kommentiert.



Eine der Angeklagten befand sich bis zur Prozessöffnung in Haft, weil sie versucht hatte, durch einen weiteren gewalttätigen Übergriff an den Opfern Rache für das Erstatnen einer Anzeige zu nehmen. Der Hauptangeklagte bleibt weiterhin in Haft und stand bereits am 26. Juni erneut vor Gericht. Er hatte am 9. Juni, nachdem die Polizei seine Personalien wegen des Übergriffs auf die beiden schwarzen Frauen festgestellt und ihn wieder auf freien Fuß gesetzt hatte, einen Migranten überfallen und seines Mobiltelefons beraubt, um unmittelbar danach einen weiteren Menschen mit neonazistischen Sprüchen einschließlich des Hitlergrüßes anzupöbeln. In der nächsten Ausgabe wird sich die bsz ausführlich dieses Themas annehmen.

Neuro Sciences goes Excellence

Die Anglisierung des nordrhein-westfälischen Hochschulwesens schreitet voran: Noch bevor die „bachelors“ für die Normalstudis Realität werden, gibt es schon mal „graduate schools“ für die DoktorandInnen. Für eines der insgesamt fünf Prestigeobjekte hat im Juni die Ruhr-Uni den Zuschlag erhalten. Mit großem Trara feierte die Hochschulleitung und die örtliche Presse den Coup, landen doch schließlich knapp 2 Millionen Mark zusätzlich in der Kasse der Uni für die „graduate school of neuro sciences“.

Das Land hat Riesensummen locker gemacht für die Förderung jeweils einer Handvoll Promovierender an je einem Fach an den ausgewählten Standorten. Scheinbar völlig vergessen ist die seit Jahrzehnten andauernde Misere der großen Masse der Promovierenden: Für diejenigen, die ihre Promotion nicht durch Jobben in unendliche Längen ziehen wollen, gibt es die Graduiertenförderung des Landes – diese jedoch ist seit über 20 Jahren nicht mehr in der Höhe an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst worden und in der Laufzeit auf lächerliche zwei Jahre begrenzt. Anstatt sich nun zuerst um dieses offenkundige Problem zu kümmern, hat sich das Wissenschaftsministerium etwas besonders Elegantes ausgedacht: Um die neuen „graduate schools“ finanzieren zu können, werden die Zuwendungen der bisherigen Graduiertenförderung noch einmal gekürzt! So etwas nennt sich wohl Profilbildung ...

Interview mit einem Betroffenen Nazi-Messerangriff in D'dorf

Am 13. Juni wurden in Düsseldorf drei Menschen, unter ihnen der Pressesprecher des ASTA der Heinrich-Heine-Uni, auf dem Weg zu einer Kneipe von Neonazis angegriffen und durch Stiche schwer verletzt, eines der Opfer schwelte zeitweilig in Lebensgefahr. An einer antifaschistischen Demonstration aus Anlass des Naziüberfalls nahmen am Tag darauf mehr als 1.000 AntifaschistInnen teil. Über diese Ereignisse als auch die Bestrebungen von Polizei und Staatsanwaltschaft, aus dem faschistischen Angriff zunächst eine unpolitische Schlägerei zu machen, sprach die bsz mit einem Opfer des Naziangriffs, dem ASTA-Sprecher der Düsseldorf Uni, Christian Happ.

Worten: kann man nicht sogar von Mordversuch sprechen, immerhin sind die Stiche ja wohl alle von hinten ausgeführt worden?

Happ: Ob die Opfer bleibende Schäden davontragen werden, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar. Bei mir ist es so, wie schon erwähnt, dass meine Gelenkkapsel verletzt ist. Trotz Krankengymnastik, die ich in Anspruch nehmen muss, ist nicht klar, ob ich meinen Arm wieder vollständig bewegen können werde. Um auf die Frage zurückzukommen, die beiden anderen Opfer hätten, hätte der Stich nur einen Zentimeter in eine andere Richtung getroffen, tot sein können. Meiner Einschätzung nach war dies zumindest eine versuchte Tötung.

(Antifa-KOK), mitteile: „sie wissen zu lassen, dass sie sich nicht verstecken können“. Macht Dir das Mut?

Happ: Es geht glaube ich nicht darum, dass mir Mut gemacht wird, denn ich weiß, wo ich politisch stehe. Es geht vielmehr darum, anderen Menschen, die von diesen Schweinen angegriffen werden, zu zeigen, dass sie nicht alleine stehen. Es geht darum, dem Pack zu zeigen, dass man weiß, wo sie wohnen. Ich bin dankbar, dass sich an diesem Abend so viele Leute eingefunden haben, um ihrer Solidarität auf der Straße aktiv Ausdruck zu verleihen.

Wie geht es dir mittlerweile?

Happ: Nicht besonders. Zum einen kann ich seit dem Vorfall kaum schlafen, zum anderen habe ich Probleme, den verletzten Arm zu bewegen, da die Gelenkkapsel verletzt worden ist.

Was genau passierte an jenem Abend?

Happ: Ich war mit zwei Bekannten unterwegs, um in Bilk noch was trinken zu gehen. Auf der Merowingerstraße passierten wir eine Gruppe von drei Nazis (unter anderem daran erkennbar, dass einer von ihnen ein Stahlgewitter-T-Shirt trug). Als wir an ihnen vorbei waren, hörten wir hinter uns mehrstimmiges Sieg-Heil-Gegröle. Wir drehten uns um und sagten ihnen, dass sie den Mund halten sollten. Daraufhin setzten wir unseren Weg Richtung S-Bahnhof Bilk fort. Zwei der Neonazis liefen auf der Straße an uns vorbei. Wir passierten die Merowingerstraße und bogen in die Brunnenstraße ein, um die Studentinnenkneipe Tigges aufzusuchen. Fünf Meter vor der Tür hörten wir schnelle Schritte aus Richtung S-Bahnhof Bilk. Einer meiner Begleiter drehte sich um und meinte: „Sie sind zu sechst.“ Die drei Neonazis hatten sich Verstärkung geholt. Wir beeilten uns daraufhin, ins Tigges zu kommen. Auf der Türschwelle hatte die Sechsergruppe uns erreicht. Ich sah im Umdrehen, wie mein Begleiter, der links von mir stand, zwei Stiche in den Rücken erhielt. Ich selbst wurde zu Boden geworfen und einer der Angreifer saß auf meinem Brustkorb. Er versuchte, mich weiterhin mit der Faust ins Gesicht zu schlagen. Von links näherte sich der Naziskin mit dem Stahlgewitter-T-Shirt, dieser hatte zuvor schon meinen Begleiter niedergestochen. Er stach fünf Mal auf mich ein, wovon drei Stiche meinen linken Oberarm und meine Schulter trafen. Im Nachhinein habe ich erfahren, dass ein Gast aus dem Tigges ebenfalls eine tiefe Stichverletzung im Rücken davongetragen hatte, bei dem Versuch, uns zu helfen. Die Angreifer verzogen sich, als die Sirenen von Einsatzfahrzeugen zu hören waren. Wir sind anschließend im Krankenhaus ärztlich behandelt worden.

Offensichtlich sind die Täter ja keine unbekanntes Gesichter, einige als Naziskin bekannt. Siehst du den Angriff auf euch deshalb im Kontext anderer Vorfälle in Düsseldorf und anderswo?

Happ: Ja. Gerade in Düsseldorf ist durch den Oberbürgermeister und das Verhalten der Staatsanwaltschaft der Eindruck entstanden, dass Neonazis hier in Düsseldorf agieren können, ohne Repressionen befürchten zu müssen. Um dies zu verdeutlichen: Anfang April diesen Jahres ist ein Italiener vor einer Kneipe von einer Gruppe von fünf stadtbekanntes Neonazis niedergestochen worden. Das Opfer steht jetzt vor Gericht, da die Täter aussagen, der Italiener habe sie vorher mit einer Bierflasche angegriffen. Auch unser Oberbürgermeister schürt mit Behauptungen, es gebe keine Neonaziszene in Düsseldorf, dieses Klima. Eine Behauptung, die selbst beim Verfassungsschutz nur Kopschütteln hervorruft.

Christian, dass die Nazis dich jetzt z.B. im Internet mit Foto outen, zeigt doch noch einmal die Intention des Angriffs, oder?

Happ: Blöde Frage, sie haben das Foto sicher nicht ins Internet gesetzt, um ihr Bedauern über diese Tat auszudrücken. Ich gehe davon aus, dass sie versuchen werden, mich zur Strecke zu bringen. Dafür gibt es genug Beispiele aus anderen Städten, die diese Vermutung belegen.

Stichwort Solidarität. Am Tag nach dem Überfall beteiligten sich über 1.000 AntifaschistInnen an einer Demo zu den Wohnungen der Nazis, um, wie der Antifa-Koordinierungskreis Düsseldorf

Es ist nur großem Glück zu verdanken, dass niemand bleibende Schäden davongetragen hat. Hätten die Stiche womöglich sogar tödliche Folgen haben können? Mit anderen

Dachverband reformiert ASTA der Ruhr-Uni Bochum steigt ein

Auf einer Mitgliederversammlung des „freien Zusammenschluss von studentInnenenschaften“ (fzs) vom 13.-17. Juni '01 in Bielefeld beschlossen die Delegierten der Mitglieds-Asten Satzungsänderungen, die sie als Öffnung des Verbandes verstanden wissen wollen.

Positionen des Verbandes selbst zu vertreten. Mehrfach wird in der Resolution hervorgehoben, dass nun eigentlich jede StudentInnenvertretung in Deutschland im fzs mitmachen könne, ohne ideologische Hürden überwinden zu müssen: „Der fzs ist offen für alle StudentInnenvertretungen der Bundesrepublik Deutschland unabhängig ihrer politischen Ausrichtung“, heißt es dort unter anderem wörtlich. Allerdings bekennt sich die Mitgliederversammlung in einzelnen Passagen der Resolution zur „Ablehnung menschenverachtender und rassistischer Positionen“ und sagt „nationalistischen, militaristischen, rassistischen und sexistischen Positionen“ den Kampf an.

Ziel der Reform sei es, den fzs „zum allgemein anerkannten studentischen Dachverband zu machen“, erklärten eine Sprecherin und ein Sprecher des neugewählten Vorstandes gegenüber der Presse und verwiesen auf erste Erfolge: Mehrere StudentInnenenschaften sind dem reformierten fzs beigetreten, darunter auch die Ruhr-Universität Bochum. Weitere StudentInnenvertretungen hätten ihren Beitritt angekündigt. Nach den Neuwahlen werden über 700.000 StudentInnen durch den fzs vertreten.

Eine Sprecherin des neugewählten Vorstandes zeigte sich der Presse gegenüber überzeugt, dass der reformierte fzs sich zur allgemein anerkannten bundesweiten StudentInnenvertretung entwickeln werde. Erstmals gehört mit Kerstin Puschke eine Studentin aus Bochum dem fzs-Vorstand an. Kerstin Puschke war in Bochum bislang als Referentin für Hochschulpolitik im ASTA der RUB tätig und verfasste zahlreiche Artikel für die bsz. Mehr zum fzs unter <http://www.studis.de/fzs>.

So werden als Zugeständnis an die ASTen größerer Hochschulen deren Delegierten mehr Stimmen auf der Mitgliederversammlung zugestanden als den Delegierten kleinerer Unis und vor allem Fachhochschulen. Des weiteren ging von der MV das Signal aus, dass im reformierten fzs StudentInnenvertretungen aller politischen Richtungen erwünscht seien: „Der fzs hat sich zum Ziel gemacht, die Studierenden der BRD zu vertreten und ist somit für alle Studierendenvertretungen unabhängig ihrer politischen Ausrichtungen offen“ - erklärte die Versammlung in einer Resolution. Die inhaltlichen Positionen des reformierten Verbandes sollen zukünftig jeweils auf den Mitgliederversammlungen festgelegt werden. Die Mitglieds-Asten sind ausdrücklich nicht verpflichtet, die

ASTA
Röntgen? Nein!
Kopieren? Ja!
Der zweite ASTA-CopyShop.
Kopieren mit Karte - schon ab 5 Pfennig je Kopie!
CopyCard1000 50,- DM (Preis je Kopie: 5 Pf.)
CopyCard500 30,- DM (Preis je Kopie: 6 Pf.)
CopyCard100 7,- DM (Preis je Kopie: 7 Pf.)
Pfand je Karte: 3,- DM
Der zweite ASTA-CopyShop:
GA 03/33 (Ausgang Nord)
geöffnet von mo-do von 9-15.30h • fr von 9-14h



Einführung in der Geografie erst nächstes Jahr Uni schlampt bei Bachelor

Einschreibungen auf Diplom zum Wintersemester noch möglich – ein ordentliches Studium aber kaum wahrscheinlich.

Um von vornherein keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, die gestuften Studiengänge werden in der Geografie auf jeden Fall eingeführt, wenn auch nicht ganz so, wie es die Verantwortlichen gerne gesehen hätten.

Wie an anderen Fakultäten auch zieht sich der Planungsprozess zur Einführung der gestuften Studiengänge „Bachelor of Science in Geography“ schon seit einigen Jahren hin. Anfang dieses Jahres sollte es dann in die Endphase gehen, nachdem diese bereits mehrmals verschoben wurde. Somit wurde im Januar 2001 der Antrag, übrigens ohne Prüfungs- oder Studienordnungsentwurf, auf besagte Einführung und gleichzeitige Abschaffung des Diplomstudiengangs in den Fakultätsrat eingebracht und gegen die Stimmen der Vertreter von Geologie, Mineralogie und

Geophysik sowie der Geografie angenommen. Der Lehramtsstudiengang kam dabei irgendwie nicht in den Planungen vor und sollte wohl so weiterlaufen. Da sich dies aber nun durch die Planungen des Landes erledigt hat, die auch für die Lehramtsausbildung gestufte Studiengänge vorsehen, wird auch hieran nun eifrig gebastelt. Letztendlich wurde dieses Konzept zusammen mit den Anträgen anderer Fächer auf Einführung gestufter Studiengänge im Mai dieses Jahres im Senat angenommen. Eigentlich fehlte nur die eher formale Zustimmung des Ministeriums, um im kommenden Semester endlich mit den lang herbeigeschenten, gestuften Studiengängen anfangen zu können.

Nun erfolgt aber die Einführung zum kommenden Wintersemester nicht ganz so reibungslos wie gehofft. Dies hat seine Ursache darin, dass die Studienplätze für Geografie in NRW eigentlich noch über die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) vergeben werden. Zwar sollte angesichts drastisch gesunkener Neueinschreibungen für den Diplomstudiengang Geographie an der RUB schon längst auf die Vergabe der Studienplätze durch die ZVS verzichtet werden, allerdings ist dies bislang noch nicht geschehen. Für das Wintersemester 2001/2002 jedenfalls nahm die ZVS

noch Bewerbungen entgegen und zwar für den Diplomstudiengang Geografie. Auch fand sich in den Bewerbungsunterlagen nirgends ein Hinweis auf die bevorstehenden Änderungen. Der eigentliche Plan, dem zufolge schon im kommenden Wintersemester endlich gestuft studiert werden könnte, wurde damit unterlaufen, denn nun schreiben sich Studienanfängerinnen und Studienanfänger doch weiterhin in den Diplomstudiengang ein. Das Wissenschaftsministerium wird die Zustimmung zur Einführung der gestuften Studiengänge zum WiSe 2001/02 nicht geben.

Eine Bewerbung zu einem Studiengang sollte auch eine reale Chance auf Erfolg haben, d.h. wenn Diplom ausgewiesen ist und sich bereits einige beworben haben, dann muss es auch möglich sein, diesen Abschluss zu erlangen. Und es haben sich bereits welche beworben. Was nun?

Was genau passieren wird, ist noch nicht klar, aber ungefähr soll der weitere Ablauf so aussehen: Die Zustimmung des Ministeriums wird aller Voraussicht nach erst während des Semesters kommen. Die Erstsemester, die sich alle auf Diplom eingeschrieben haben, dürfen sich dann, sobald die Erlaubnis da ist, auf den neuen Studiengang umschreiben. Um diesen Übergang möglichst reibungslos zu bewerkstelligen, wird bereits für das erste Studienjahr das volle Bachelor-Programm gefahren und empfohlen, diese Lehrveranstaltungen anstatt derer für das Diplom zu besuchen. Wer beim Diplom bleiben will, darf dies selbstverständlich auch, vielleicht nur mit der kleinen Einschränkung, zu den Letzten seiner Art zu gehören.

Jan Reinecke



Ein Feminismushandbuch der Jungen Linken Noch sind wir nicht fertig

Ein in der Themenvielfalt beeindruckender Schnappschuss aktueller feministischer Praxis und Theorie liegt auf 160 Seiten mit einem Sammelband der JD/JL vor. Freilich ist die Spannung zwischen theoretischer Einsicht und dem, was an praktischen Interventionen im Bestehenden beginnen muss, darin nicht aufzuheben – give the feminist a cigarette.

In sechs Kapiteln mit jeweils mehreren Beiträgen ist von dem, was zeitgenössische Feminismen ausmacht, das meiste versammelt. Angefangen wird mit einem Einführungsteil, der durch Aufgreifen praktischer Lebenserfahrungen Interesse für die weitergehende Auseinandersetzung letztlich mit struktureller Ungleichheit und Machtverhältnissen wecken soll, was aber erst mit dem darauf folgenden empirischen Teil über Frauenbilder und deren fortwährende Reproduktion ihrer traditionellen Ausformungen in Medien (u.a. Kinder-/Jugendbüchern) und rechtsradikalen Frauenbünden richtig überzeugen kann. Teils praktisch, teils theoretisch nimmt sich der dritte Teil anderen differenzierenden Kategorien als der des Geschlechts an: Durch die Problematisierung spezifischer Diskriminierungen von Migrantinnen (v.a. Rassismus

und ökonomische Ausbeutung), Behinderten und Lesben wird die Relevanz der Geschlechterdifferenz als einziger Kategorie, an der feministische Forderungen sich zu orientieren haben, relativiert.

Gesetzlich festgeschriebene (Chancen-)Gleichheit und deren Diskrepanz zur nach wie vor sehr offensichtlichen Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Frauen gegenüber Männern in staatlichen Institutionen, festgemacht an Schule, Uni, Beruf und Ehe, sind Gegenstand eines weiteren Kapitels. „Staat und Sex“ behandelt mit Beiträgen zu Frauenhandel, Prostitution, Bevölkerungspolitik und Pornografie Themenfelder, die auch vor 100 Jahren schon Thema waren; ihre Aktualität ist nicht dem Unvermögen emanzipatorischer Kräfte sondern (aber nicht ausschließlich) der renitenten Existenz kapitalistischer Nationalstaaten geschuldet. Die ersten paar Kapitel sind (trotz einiger Oberflächlichkeiten und Ungenauigkeiten in historischen Darstellungen) u.a. gut in der Lage, alles-ist-erreicht-Lügen als solche zu strafen; der das Buch abschließende Theorie-Teil ist in der Tat auch für feministen interessant, „die sich schon länger mit dem Thema beschäftigen und ihre Kenntnisse vertiefen wollen“ (Vorwort).

TheoretikerInnen die soziale Konstruiertheit von (insbesondere Geschlechter)

Differenzen hervorheben, wodurch differenzfeministischen Positionen, die bestimmte Wesenhaftigkeiten oder Kompetenzen in der ‚Natur‘ des jeweiligen Geschlechts verorten wollen, der Boden weitgehend entzogen wird. Des Weiteren zeigt eine Analyse (deutscher) feministischer Sexualitätsdebatten der letzten 30 Jahre exemplarisch, dass auch Feministinnen und vorgeblich Fraueninteressen vertretende Männer nicht immer an der Abschaffung von Herrschaftsverhältnissen – bspw. Geschlechtsunterschied – gearbeitet haben, sondern, z.B. auf der Suche nach emanzipatorischen Sexualpraktiken oder einer ‚authentischen Sexualität der Frau‘ Normen gesetzt haben, die von real existierenden Individuen nicht erfüllt werden können (gilt selbstredend auch für patriarchalische Normen).

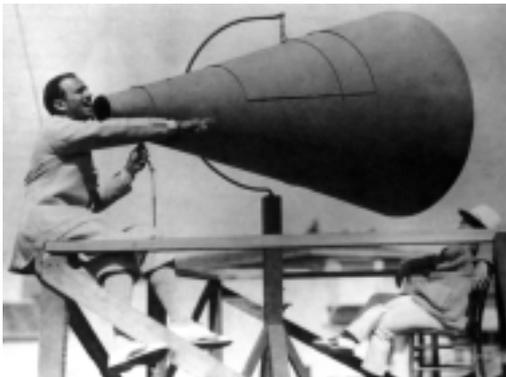
Nun, die Einsicht der sozialen Konstruiertheit von Geschlechterdifferenz bei gleichzeitiger durch soziale Praxen bedingter Materialität des Unterschieds wird widerspruchsfrei Feminismus auf geraume Zeit verunmöglichlichen (s. besprochenes Buch); fleißig statt Identitäten die Mechanismen ihrer Hervorbringung oder Ansätze zu ihrer Auflösung zu politisieren hilft vielleicht eine gewisse Zeit lang weiter (s. auch besprochenes Buch).

Theorie und die Folgen

Im letzten Teil wird (wie auch in einzelnen Beiträgen zu den anderen Kapiteln) durch geschichtliche Rückgriffe und das Aufgreifen aktueller



<http://bo-alternativ.de>



elektronische Informationen für den gesellschaftskritischen Alltag

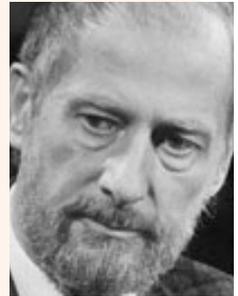
schnell. kritisch. idealistisch.

Mittwoch, 27. Juni

Rehabilitierung von Justizopfern des Kalten Krieges

Infoveranstaltung mit Heinrich Hannover Die Rechtsanwältin Heinrich Hannover und Rolf Gössner haben im vergangenen Jahr eine Initiative zur „Rehabilitierung von Justizopfern des Kalten Krieges“ gestartet.

Sie erinnern daran, dass in den 1950er und 1960er Jahren Tausende von vor allem KommunistInnen und GewerkschafterInnen von ehemaligen Nazi-Richtern wegen ihrer politischen Aktivitäten zu beträchtlichen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Sie saßen zum Teil erneut hinter den gleichen Mauern, wie im Faschismus. In seiner Autobiographie „Die Republik vor Gericht“ hat Heinrich Hannover mehrere Fälle beschrieben, in denen er als Rechtsanwalt Zeuge der Unrechtsurteile wurde. Hieraus wird er an diesem Abend lesen.



Im Anschluss an die Veranstaltung soll überlegt werden, ob dieses Kapitel der Geschichte auch in Bochum etwas systematischer aufgearbeitet werden kann.

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Bochum

Donnerstag, 28. Juni

Linkes Netzwerk

Thema: „Aktuelle Diskussion der Gentechnologie“. Wir wollen einen ersten Gedankenaustausch führen, um die aktuellen Argumente in dieser Diskussion zu bewerten. Wir verstehen diese Diskussion als Auftakt zur Herausarbeitung einer linken Position.

19.45 Uhr, Bahnhof Langendreer (Empore Café), Bochum

Cast Away – Verschollen

Film (USA 2000) mit Tom Hanks
18.00 Uhr/21.15 Uhr, Studienkreis Film, HZO 20, Ruhr-Uni Bochum

Freitag, 29. Juni

Antifa-Konzert

mit JOKER (HipHop aus Hamburg) und TWO BROS (HipHop aus Stuttgart),...
Infos: <http://www.antifa-hamm.de>
JZ Südstrasse, Hamm

Konzert: ODEHE DANCE COMPANY

Tanzensemble aus Ghana (VVK: 20,00 DM)
20.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Bochum

Party: Reggae Roots Dub

mit: Dubsetter Sound System Disco + Zodiac Sounds (AK: 7,-)
23.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Bochum

Samstag, 30. Juni

Antifa-Demonstration

Naziaufmarsch in Arnsberg
Infos: <http://www.antifa-hamm.de>

Sonntag, 1. Juli

4. Antirassistisches Grenzcamp

Vorbereitungstreffen und Infoveranstaltung Vom 27. Juni bis zum 5. August wird bei Frankfurt am Main – nach Rothenburg 1998, Zittau 1999 und Forst 2000 – das vierte antirassistische Grenzcamp stattfinden.
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Bochum

Dienstag, 3. Juli

Spiel mir das Lied vom Tod

Film (I 1968) von Sergio Leone mit Musik von Ennio Morricone
18.30 Uhr/21.15 Uhr, Studienkreis Film, HZO 20

JungdemokratInnen/Junge Linke (2001): Give the feminist a cigarette. Ein Feminismusbuch. ISBN 3-9806044-2-X.

Burschenschafter versteckten wegen Mordversuchs gesuchten Neonazi

„Abenteurer Burschenschaft“

Beim derzeit laufenden Neonazi-Prozess in München bestätigt sich einmal mehr, was von fortschrittlichen Ästen und Hochschulgruppen sowie von antifaschistischen Gruppen seit vielen Jahren gesagt wird. Diverse Studentenverbindungen, insbesondere eine Reihe von Burschenschaften sind tief in das Netzwerk der extremen Rechten verstrickt.

Tatort München, 13. Januar, 1.10 Uhr: Vor der Münchener Gaststätte „Burg Trausnitz“ wird ein vorbeikommender Grieche von der Sauerländerin Maria Anna von Papen rassistisch angepöbelt und angegriffen. Als er sich wehrt, stürzen sich neonazistische Skinheads auf ihn, schlagen ihn zu Boden und treten mit schwerem Schuhwerk auf ihn ein. Andere eilen hinzu und unterstützen die „deutschen Helden“ durch Zurufe wie „Der Kanacke darf nicht überleben“ bei ihrer feigen Tat. Augenzeugen berichten, es sei gezielt gegen den Kopf des Opfers getreten worden. Zwei zufällig des Weges kommende Türken schreiten ohne zu zögern ein und organisieren aus einem türkischen Lokal Verstärkung. Gemeinsam gelingt es, trotz der sie angreifenden und währenddessen auf 20 Personen angewachsenen Neonazihorde zu bewirken, dass von Artemios T. abgelenkt und dieser nicht lebensgefährlich verletzt oder gar getötet wird, sondern mit einem Nasenbeinbruch, einer Augenverletzung, schweren Prellungen und einem Schock davon kommt. Die zwischenzeitlich eingetroffene Polizei nimmt vor Ort und im Rahmen einer sich anschließenden Fahndung 18 Neonazis fest. Dem Sauerländer Christoph Schulte, einem der Haupttäter, gelingt die Flucht.

Geen 14 Täter hat die Staatsanwaltschaft München zwischenzeitlich Anklage erhoben, gegen von Papen, Schulte und einen 18-jährigen aus Bayern wegen versuchten Mordes, gegen die anderen wegen gefährlicher Körperverletzung. Am Abend des 2. Februar konnte im niederländischen Spijkenisse bei Rotterdam auch Schulte festgenommen werden. Drei Wochen war es bis dahin deutschen und niederländischen Neonazis gelungen, ihn trotz internationaler Fahndung und einer auf Hinweise ausgesetzten Belohnung in Höhe von 30.000 DM an wechselnden Orten zu verstecken. Bei seiner Ergreifung sollte Schulte gerade zu „Kameraden“ in Belgien gebracht werden. Schultes Fluchtweg ist ein Paradebeispiel für die Vernetzung der neonazistischen Szene, die bis in das Spektrum der Studentenverbindungen hinein reicht.

NRW-Nazis in Bayern

Die Frage, was NRW-Nazis auf einer Party in München treiben, ist schnell zu beantworten. Bei einem der zwei Ausrichter der Festivität handelt es sich um den 25-jährigen Neonazi Rainer Mehr aus Lüdenscheid, der seit 1996 an der TU München studiert und auch die Homepage des „Nationalen Widerstands Bayern“ betreibt. Rainer Mehr ist der Bruder des 1997 bei einem Autounfall verstorbenen ehemaligen Kadets der verbotenen „Nationalisten Front“ (NF), Harald Theodor Mehr, der den neonazistischen Lüdenscheider „Donner-Verband“ leitete und zu den Initiatoren der wichtigsten Zeitschrift der „Freien Kameradschaften“, dem „Zentralorgan“, zählt. H. T. Mehrs Kompagnon, der Lüdenscheider Stephan Haase, leitet heute den NPD-Ortsverband Lüdenscheid, der Teil des NPD-Kreisverbands Märkischer Kreis ist. Für eben diesen Kreisverband kandidierte 1999 auch der Plettenberger Christoph Schulte zum Kreistag im Märkischen Kreis. Der als übler Schläger bekannte Neonazi wird auf neonazistischen Demonstrationen regelmäßig als Ordner eingesetzt.

Aber nicht nur über Rainer Mehr laufen die Kontakte nordrhein-westfälischer Neonazis nach Bayern. Ebenfalls anwesend auf Rainer Mehrs Münchener Geburtstagsparty waren Aktivisten des bayrischen „Aktionsbüro Nationaler Widerstand Freilassing“. „Kameradschaftsführer“ dieser Gruppe ist der aus dem niederrheinischen Geldern stammende Norman Bordin, der nach seinem Umzug 1997 in Velbert (Kreis Mettmann) das neonazistische „Nationale Forum Niederberg“ (NFN) aufbaute.

Angegliedert an das NFN ist der Velberter „Siepensturm“. Aktivisten dieser Struktur waren an diversen neonazistischen Angriffen und auch an dem Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in der Wuppertaler Kreuzstraße im Sommer letzten Jahres beteiligt. Die Täter, darunter drei Velberter, wurden im Frühjahr wegen vierfachen Mordversuchs und schwerer Brandstiftung zu 4½ bis 10-jährigen Haftstrafen verurteilt. Nach Streitigkeiten um die „Kameradschaftsführung“ zerfiel das NFN Anfang 1999, Norman Bordin brach seine Zelte ab und zog nach Freilassing.

Bei derartigen Kontakten verwundert es also nicht, dass Schulte, von Papen, der Lüdenscheider NPD'ler Marc Miekeley und vermutlich weitere Sauerländer Neonazis Mitte

Januar ihre Bündel schnürten und nach München fuhren.

„Abenteurer Burschenschaft“ – Fluchtweg eines Neonazis

Wie es sich für einen „anständigen, national denkenden“ Studenten gehört, schloss sich Rainer Mehr 1996 einer schlagenden Studentenverbindung an. Die Wahl dürfte ihm nicht schwergefallen sein, denn mit der „Burschenschaft Danubia München“ bot sich eine derjenigen Burschenschaften an, die noch nie einen Hehl aus ihrer Nähe zur extremen Rechten gemacht hat. Der Veranstaltungskalender der Danuben liest sich wie ein „Who is who?“ der extremen Rechten in der BRD und dem europäischen Ausland. Horst Mahler, Alexander von Webenau (ehemaliger Bundesvorsitzender des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“) und Alain de Benoist, Vordenker der französischen „Neuen Rechten“, sind hierfür nur drei aktuelle Beispiele. Auf der Suche nach einschlägig bekannten strammen „Kameraden“ wird man auch in der Mitgliederliste, sowohl bei der Aktivitäten, als auch bei den „Alten Herren“, schnell fündig. Wer jetzt allerdings meint, die „Danubia München“ würde ein einsames Dasein fristen und von anderen Burschenschaften gemieden werden, liegt völlig falsch. 1976/1977 wurde die „Danubia“ sogar zur vorsitzenden Burschenschaft des wichtigsten und größten Dachverbandes der deutschen und österreichischen Burschenschaften, der „Deutschen Burschenschaft“ (DB), gewählt.

Was also lag nach dem brutalen Angriff näher, als den von der Polizei gesuchten Schulte im Haus der Danuben einzuquartieren? Und so geschah es auch. Michael Müller von der befreundeten „Burschenschaft Teutonia Regensburg“ quartierte nach Rücksprache sich und Schulte im Gästezimmer, im Sprachgebrauch der Danuben „Leichenkammer“ genannt, ein. Am nächsten Tag planten beide gemeinsam mit Mehr beim Essen im „Wienerwald“ das weitere Vorgehen. Marc Miekeley fuhr Schulte später zurück ins Sauerland. Dort hielt er sich kurze Zeit auf und wurde dann vom „Kameradschaftsführer“ der „Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten“, Carsten Köppe ins niederländische Arnheim gefahren, wo er von befreundeten Aktivisten der „Niederländische Volks Unie“ (NVU) übernommen wurde.

Zwischen Schadenbegrenzung und „aufrechtem Gang“

Wie es nicht anders zu erwarten war, distanzieren sich nun diverse Studentenverbindungen, darunter auch DB-Burschenschaften von der Ereignissen auf dem Danubenhäuser. „Mit Entsetzen haben die unterzeichnenden Münchner Burschenschaften von den gegen die Burschenschaft Danubia erhobenen Vorwürfen erfahren“, heißt es in einer Presseerklärung, die von vier Münchener Burschenschaften unterzeichnet wurden. Andere bevorzugen es laut SZ offensichtlich, den „aufrechten Gang“ beizubehalten und ihren „Bundesbrüdern“ treu zu bleiben: Sie haben sich Bedenkzeit erbeten oder gar eine Distanzierung explizit abgelehnt.

Pierre Brieger

Übernachtete in der Danuben-„Leichenkammer“: Christoph Schulte (Foto: R-Press).



:bszunsymp Campusfest(e)

Sie nerven mich. Wer? Die linken Fritzen, die an der Uni immer diese Zeitungen verteilen. Jedes Jahr ziehen sie über das Campusfest her und beweisen mit jedem Wort, dass sie absolut keinen Spaß mehr am Leben haben und selbst der Keller noch nicht tief genug ins Erdreich hineinragt, um einen Platz zum Lachen finden zu können.

Dabei haben sie keinerlei Sinn für das Campusfest! Keinen Sinn dafür, wie es sich anfühlt, wenn nachts zu pompösen Klängen von den Unidächern ein perfekt komponiertes Feuerwerk den Himmel über unserer Uni färbt. Keinen Sinn dafür, wie geil es ist, nach all den öden Seminaren den eigenen Campus in einen Festivalground verwandelt zu sehen, auf dem man gepflegt saufen, kiffen und richtig gut abgehen kann, wenn selbst auf der Newcomerbühne wirklich erstaunlich gute Bands zu sehen sind.

Statt dessen werden sie wieder meckern. Meckern darüber, wie kommerziell das Fest ist und wie böse CoolTour – der Veranstalter – ist. Was ist denn schon so schlimm daran, dass das Festival nicht von Studenten, sondern von Profis gemacht wird? Die Studenten haben im Alltag schon genug um die Ohren, da will man wenigstens in der Freizeit bedient werden! Und dann heulen sie darüber, dass die Veranstalter in Essen einen linken Infotisch verbieten! Uhhh, wie schlimm, wenn interessieren denn schon Pamphlete über die Ungerechtigkeit der Welt, wenn man feiern will? Ich verstehe sie nicht und werde sie nie verstehen.

Dieses Jahr schreiben sie über Faschos auf Campusfesten. Dass sie immer mehr werden und in Rudeln auftreten. Dass sie an einem einzigen Bierstand 400 Liter Bier wegsaufen und blöde Sprüche reifen. Dass die Security nichts dagegen tut und statt dessen lieber alternative Leute vom Campus verweist, die sich über die Nazis beschweren. Dass es eine Schande ist, wenn Nazis mittlerweile den Mut fassen, ganz offen in „Pitbull Germany“ oder gar „White Power“-T-Shirts auf dem Campusfest herumzulaufen und niemand was dagegen sagt! Was soll man denn auch sagen? Wenn die Typen doch auch nur feiern wollen? Es ist doch ein freies Land, oder? Ist es meine Sache, gegen ihre Verkündung der weißen Vormacht anzugehen? Dann müsste ich mich jeden Tag betroffen zeigen, wenn wieder in der Zeitung steht, dass Menschen, die den Faschos nicht passen, zusammengeschlagen wurden. Dass die Straßen nicht mehr sicher sind. Dass sie wieder aus ihren Löchern krabbeln und dass das, was sie sagen, hingenommen wird.

Entweder aus Angst, wenn sie schreien. Oder aus Zustimmung, wenn ihre Kollegen, die die Uniform zu Hause lassen, schlaue Vorträge darüber halten können, warum wir doch noch mal über Einwanderung reden oder darüber nachdenken sollten, ob wir neue Mythen brauchen. Mal wieder darüber nachdenken, ob es nicht doch eine Elite geben muss ... ob das mit dem Humanismus und der Aufklärung nicht alles Mist war ... ob wir nicht doch nur Tiere sind ... mal wieder Darwin zitieren ... oder Rammstein anmachen. Mal wieder in Frage stellen, ob man nicht doch ein bisschen stolz sein darf, ein Deutscher zu sein. Und stark, ein Überlebender.

Über so was soll ich mir Gedanken machen, wenn ich auf dem Campusfest einen Typen mit „White Power“-Shirt sehe, schreiben sie. Über so was soll ich mich aufregen, wenn da jemand auf unserem Campus mit einem Nazishirt rumläuft und der Veranstalter sich bloß über den Gewinn am Bierstand freut, wo Faschos so gut saufen können. Während die letzten Überlebenden des Massenmords noch heute jeden Morgen mit den Bildern aufwachen, die sie nicht vergessen können. Deswegen darf ich nicht feiern und die Nazis einfach ignorieren, sagen sie. Gemein, so was.

Ein Unverständiger

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Daniel Kloda (dek), Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Andrea Manske (am), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz